

Von der G7 zur G20

Der G20 Gipfel von London

Thomas Jäger



Thomas Jäger

Nach dem G20-Gipfel von London im April 2009, auf dem Maßnahmen zur Abwehr einer weltweiten Depression getroffen werden sollten, wurden vor allem zwei Ergebnisse herausgestellt. Erstens sei es gelungen, sich im Kreis der versammelten Staaten auf gemeinsame konjunkturelle Maßnahmen zu einigen, obwohl die einzelnen Regierungen sehr unterschiedlich über den Wert von Konjunkturprogrammen urteilten. Dies dokumentiere, dass zumindest eine Lektion aus der großen Wirtschaftskrise der 1920er Jahre gelernt worden sei: die Staaten müssten gemeinsam handeln, sie dürften sich nicht auseinanderdividieren lassen und müssten alle protektionistischen Maßnahmen verhindern. Denn mit dem Rückgang der Weltwirtschaft sei am Ende doch der Einbruch aller nationalen Ökonomien verbunden, weshalb nur eine Stützung des internationalen Austauschs eine weitere Verschärfung der Krise verhindern könnte. Das Geld, das die Regierungen zusagten, wird der Internationale Währungsfond verteilen.

Zweitens einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf die Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung und vereinbarten erste Regeln und Absichtsbekundungen, wie diese nach der Erholung aufgestellt sein soll.

Schärfere Kontrollen des Finanzgewerbes, politischer Druck auf zwischenstaatliche Kooperation in Steuerfragen, Benennung der steuerpolitischen Schurkenstaaten und schließlich eine Neuorganisation der Institutionen, die die Weltwirtschaft beobachten und regeln sollen. Der Internationale Währungsfond soll dabei eine wichtigere Rolle einnehmen als bisher, neue Institutionen sollen verhindern, dass es zu weiteren Produktblasen im Finanzgewerbe kommt.¹

Das erste Ergebnis war erwartet worden, obwohl sich Frankreich und Deutschland deutlich und öffentlich dagegen sperrten. Die USA aber wollten es durchsetzen und angesichts der enormen Bedeutung der amerikanischen Wirtschaft für die Ökonomien aller anderen Staaten und der enormen Mittel, die die US-Regierung bisher gegen die Krise aufgebracht hat (mehr als 1,5 Billionen US-Dollar), konnte sich dem Anliegen niemand verschließen.

Das zweite Ergebnis ist schon eher überraschend, denn hier waren es die USA und Großbritannien, die bezüglich der Regulierung der internationalen Finanzbeziehungen vorsichtiger vorgehen wollten. Zwar gingen die Absichtserklärungen über frühere Bekundungen nicht allzu weit hinaus – aber dass auf

diesem Gipfel, auf dem Höhepunkt der internationalen Finanzkrise, derartiges verkündet wurde, war umstritten. Denn die Banken, die die Krise verschuldet haben, werden auch benötigt, sie zu lösen. Jedenfalls ist dies die gemeinsame Politik der Regierungen, die in London versammelt waren.²

Dass man sich auf eine Neuordnung der internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen geeinigt habe, ist – auf den zweiten Blick – als Ergebnis des Gipfels sicherlich übertrieben. Selbst die wenigen Punkte, die im Abschlusskommuniqué ausgeführt wurden, müssen erst noch umgesetzt werden. Papier ist gerade im internationalen diplomatischen Betrieb häufig geduldig. Denn es wäre auch schon erstaunlich, wenn es bei der Frage nach den Institutionen und Regeln der Weltwirtschaft ein rasches und müheloses Übereinkommen gegeben hätte. Handelt es sich hierbei doch um eine der Gretchenfragen der internationalen Politik: Wie soll die internationale Umwelt gestaltet sein? Welche Institutionen übernehmen welche Aufgaben? Wie sind sie organisiert? Wie gelangen sie zu Entscheidungen? Wie werden diese umgesetzt? Wie werden Regeln vereinbart? Wie werden sie verändert?

Denn die Entwicklung von staatlich verfassten Gesellschaften hängt wesentlich von der Gestaltung der Umwelt ab, in der sie leben. Deshalb kommt der Frage nach ihrer Architektur so große Bedeutung zu und sind Staaten so sehr daran interessiert, bei Vereinbarungen über die Gestaltung der internationalen Ordnung mit zu entscheiden. So wollen sie ihre Interessen sichern, die auch in Wirtschafts- und Finanzfragen sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Wie gut sie diese realisieren können, hängt eben auch von den internationalen Regelungen ab, die zu einer bestimmten Zeit vereinbart werden, aber über diese hinauswirken.

Bedeutung und Funktionen internationaler Organisationen

Ganz besonders deutlich ist die dauernde Prägekraft einmal getroffener Vereinbarungen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Fünf Staaten haben ein Veto-Recht – die USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich, als Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – und niemand würde behaupten, dass dies derzeit die fünf wichtigsten und stärksten Staaten der Welt sind. Aber für eine Änderung der Zusammensetzung des Sicherheitsrates benötigt man die Stimmen aller fünf Staaten, woran diese das geringste Interesse haben. Ganz anders verhält es sich mit den G7 (*Group of Seven*) und den G20 (*Group of Twenty*), weil diese eine weniger formale Grundlage haben. Zwar ist es auch hier so, dass die Zusammensetzung Fragen aufwirft, aber der sanfte Übergang von den kleineren G7 zu den größeren G20 dokumentiert eine Flexibilität, die internationale Organisationen sonst nicht aufweisen. Diese Flexibilität ermöglicht, die Zusammensetzung der wichtigen Staatengruppe schneller an veränderte Gegebenheiten anzupassen bzw. entsprechend der jeweils vorherrschenden Umweltbedingungen die Relevanz internationaler Organisationen zu erhöhen oder zu senken.

Internationale Organisationen spielen für die Organisation der Staatenbeziehungen eine immer wichtigere Rolle. Seit Ende des 19. Jahrhunderts, dann aber insbesondere seit den 1960er Jahren übernehmen sie zunehmend Aufgaben, die sich aus den intensiveren Austauschbeziehungen zwischen den Staaten ergeben. Das beginnt bei nur scheinbar technischen Vereinbarungen (zum Beispiel im Post- und Fernmeldewesen oder über die Festlegung von Normgrößen) und endet bei der Überprüfung und Überwachung von Geldwertstabilität, dem Gesundheitswesen oder der

von Staaten ausgehenden Kriegsgefahr.

Umstritten ist in der wissenschaftlichen Analyse der internationalen Organisationen, ob es sich um Foren des zwischenstaatlichen Aushandlungsprozesses handelt oder ob sie eigenständige und wirkungsvolle Mitspieler in der internationalen Politik sind. Selbstverständlich kann das so pauschal nicht festgestellt werden. Denn die internationalen Organisationen unterscheiden sich nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und der Reichweite ihrer Aufgaben. So gibt es regionale, interregionale, internationale Organisationen (beispielsweise die Europäische Union, die NATO und die UNO), die sich mit spezieller Aufgaben (für die internationale Finanzpolitik der Internationale Währungsfond, für die Gesundheitspolitik die WHO, für die Kulturpolitik die UNESCO) oder mit umfassenden Aufgaben (die UNO) beschäftigen. Außerdem unterscheiden sie sich im Grad ihrer Organisation (eher locker und mit rotierendem Sekretariat oder mit festem und gut organisiertem Mitarbeiterstamm) und der Wirksamkeit ihrer Sanktionen (niedrig beim Europarat, schon effektiver beim Internationalen Währungsfond). Und schließlich gibt es internationale Organisationen, die auf dem Prinzip „Ein Staat eine Stimme“ aufbauen (die UNO-Generalversammlung oder die NATO) oder mit gewichteten Stimmrechten arbeiten (der Internationale Währungsfond, in dem jeweils die USA und die europäischen Staaten gemeinsam eine Vetoposition haben).

Kein Wunder, dass sich unterschiedliche Thesen zur Bedeutung internationaler Organisationen empirisch belegen lassen. Im Kern lauten die gegenläufigen Auffassungen so: Für Realisten sind internationale Organisationen ein Turnierplatz, auf dem Staaten ihre Konflikte solange austragen, wie sie die dort herrschenden Regeln für vorteilhaft erachten. Die Organisation selbst unterstützen sie dann, wenn de-

ren Handeln im jeweiligen staatlichen Interesse liegt, entweder weil sie bestimmte Ergebnisse erzielt, Legitimation bereitstellt oder die Möglichkeit bietet, sich hinter ihr zu verstecken. Gleichzeitig dienen internationale Vereinbarungen Regierungen häufig als Argument gegenüber dem eigenen Parlament, um bestimmte Gesetze durchzusetzen. Das bedeutet nicht, dass jede einzelne Handlung im Interesse des jeweiligen Staates liegen muss. Koppelgeschäfte und Paketlösungen verbinden mehr und weniger vorteilhafte Entscheidungen. Zudem kann die Bewahrung des Turnierplatzes selbst im staatlichen Interesse liegen, weil man nicht weiß, ob er in Zukunft nicht Vorteile bedeuten kann.

Dagegen argumentieren Institutionen, dass internationale Organisationen, einmal ins Leben gerufen, eine eigenständige Rolle einnehmen und autonomen, eigenständigen Einfluss auf die Staatenbeziehungen ausüben. Sie werden zu internationalen Akteuren, können Regeln setzen und durchsetzen, die Agenda der internationalen Politik mitbestimmen und unabhängige Lösungswege für bestimmte internationale Probleme aufweisen. Außerdem wirken sie über die dauerhafte Verbindung der Staaten „erziehend“ auf diese ein, und sorgen auf diese Weise für eine konvergierende Sozialisation im Staatensystem. Es wird deshalb auf Dauer prinzipiell immer wirksamer möglich, auf einer vereinbarten Grundlage gemeinsame Standpunkte zu entwickeln und diese zur Steuerung der internationalen Beziehungen zu nutzen.

Die G7

Die *Group of Seven (G7)* begann eigentlich als das Gegenteil einer internationalen Organisation.³ Sie wird in der *global governance*-Forschung in die Tradition multilateraler Diplomatie ein-

geordnet, die mit dem Europäischen Mächtekoncert ab 1815 einsetzt.⁴ Damit weist sie als sogenanntes ad hoc-Arrangement selbst in ihrer heutigen Form einen vergleichsweise geringen Organisationsgrad auf.⁵ Nachdem das Weltwirtschaftssystem der festen Wechselkurse, das auf dem durch die USA garantierten goldhinterlegten Geldwert als System von Bretton Woods bezeichnet wurde, zusammengebrochen war und parallel dazu die Ölkrisen die westlichen Ökonomien erschütterten, trafen sich 1975 in Frankreich sechs Staats- und Regierungschefs, um abseits der eng beobachteten internationalen Diplomatie, quasi als Kaminesgespräch, über die internationalen Wirtschafts- und Finanzfragen zu beraten. Die Medien sollten weitgehend ausgeschlossen werden, wenn die Repräsentanten der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Japans (ein Jahr später stieß Kanada hinzu, später erhielt die Europäische Kommission Beobachterstatus) zusammenkamen.

Was als kleiner Kreis begann, der sich gar nicht als internationale Organisation konstituieren wollte, sondern auf gegenseitigem persönlichem Vertrauen aufbauend einen offenen Meinungsaustausch ausrichten wollte, entfaltete sich thematisch und organisatorisch in den nächsten Jahren zusehends.

Inhaltlich erweiterte sich der Themenkreis der G7, die ab 1998 um Russland teilweise zur G8 erweitert wurde, um alle Fragen, die für die internationale Politik bedeutsam waren, integrierte sicherheitspolitische Fragen ebenso wie umwelt-, entwicklungs- und kulturpolitische Anliegen. Organisatorisch wurde aus dem Kaminesgespräch ein medial aufbereiteter Gipfel, der zudem durch einen kontinuierlichen Abstimmungsprozess zwischen den Regierungen, die den Vorsitz in Rotation übernahmen, vorbereitet wurde. Der Gipfel selbst wurde mehr und mehr zum jährlichen, öffentlichkeitswirksamen Kulminationspunkt eines hinter

verschlossenen Türen in unterschiedlichen Zusammensetzungen zwischen den Sherpas und Ministern ablaufenden Koordinierungs- und Verhandlungsprozesses. Öffentlichkeit rief Gegenöffentlichkeit auf den Plan und so wurden die G7-Gipfel schon bald von Demonstrationen begleitet.

Der Protest bezog sich auf die inhaltlichen Beschlüsse der G7, zudem auch darauf, dass Hilfszusagen an ärmere Staaten nicht eingehalten wurden, stets aber auch darauf, dass hier eine Gruppe westlicher Industriestaaten (die Triade aus Nordamerika, Westeuropa und Japan) zusammenkam, um aus eigener Kompetenzzuweisung „über die Welt zu bestimmen.“⁶ Niemand hatte die G7 legitimiert, niemand kontrollierte sie, und darüber womit sich dieser Prozess inhaltlich befasste und wer angehört wurde, entschieden die Sieben selbst. Dass die westlichen Gesellschaften und Nichtregierungsorganisationen ausgeschlossen waren, wurde kritisiert. Politisch und wirtschaftlich bedeutende Staaten wurden später zu bestimmten Beratungen hinzugezogen. Als sich die realen Kräfteverhältnisse verschoben, spätestens mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, verlor die G7 ihr internationales Gewicht, das sie 2007 auf dem Gipfel in Heiligendamm noch demonstriert hatte.

Die G20

Offiziell haben die G20 die G7 nicht abgelöst oder diese sich zur G20 erweitert. Beide Institutionen existieren schon eine ganze Zeit nebeneinander. Was sich hingegen verschoben hatte, war die Bedeutung, die einzelne Staaten und Gesellschaften für die Ordnung der internationalen Politik und Wirtschaft spielen. China, Indien und Brasilien aus dem Kreis der wichtigsten Staaten auszuschließen war nun nicht mehr möglich, sollten die Absprachen wirkungs-

voll sein und auch als wirkungsvoll wahrgenommen werden.

Die G20 setzen sich aus 19 Staaten und der Europäischen Union zusammen. Zu den G8-Staaten, die allesamt Mitglied der G20 sind, kommen noch hinzu China, Indien, Brasilien, Indonesien, Ägypten, Saudi-Arabien, die Türkei, Südafrika, Mexiko, Süd-Korea und Australien. Damit sind die G20 sehr viel heterogener als die G7. Diese Heterogenität wurde angestrebt, Industrie- und Entwicklungsländer sollten in diesem Prozess verbunden werden. Das kann ein Vorteil sein, wenn es darum geht, unterschiedliche Standpunkte einzubeziehen und die Umsetzung auf eine breitere Basis zu stellen, sich aber auch als Nachteil erweisen, wenn bei unterschiedlichen Interessenlagen Beschlüsse gefasst werden sollen. Denn es herrscht auch hier, wie bei der G8, das Konsensprinzip.

Die G20 tagten das erste Mal im Dezember 1999 auf der Ebene der Finanzminister und Notenbankpräsidenten in Berlin und befassten sich als eine Reaktion auf die Asienkrise 1997/98 mit Fragen der internationalen Finanzordnung. Andere Zusammensetzungen, Clintons Initiative der G22, später die G33, gingen den G20 voraus.

Aber erst 2008 fand auf Einladung der amerikanischen Regierung der erste G20-Gipfel in Washington statt, der die Staats- und Regierungschefs sowie den EU-Kommissionspräsidenten zusammenführte.⁷ 2009 folgte der zweite Gipfel in London. Weitere Staaten (Spanien und die Niederlande) wurden zu den Beratungen hinzugezogen. Die Präsidenten von Weltbank und Internationalem Währungsfond sowie die Ausschussvorsitzenden für internationale Finanz- und Entwicklungsfragen beider Organisationen gehören den G20 *ex officio* an.

Diese Institution konzentriert sich auf wirtschafts- und finanzpolitische Fragen mit dem expliziten Ziel, zur Stabilität der internationalen Finanz-

ordnung durch „offene und konstruktive“ Verhandlungen beizutragen. Die G20 sind ein informelles Gremium, das im Grundsatz die gleichen demokratischen Defizite aufweist wie die G7; nur sind die G20 eben breiter aufgestellt.

Damit wurde Ende der 1990er Jahre auch organisatorisch umgesetzt, dass den *emerging markets* eine bedeutende Rolle für die Stabilität der internationalen Wirtschaft zukommt. China und die erdölexportierenden Staaten hatten sich als Finanziere des westlichen (insbesondere amerikanischen) Konsums und damit der Produktion etabliert und 2003 wurden die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) von Goldman Sachs als gemeinsame Investitionsziele lokalisiert.

Die G20 bleiben bisher auf Finanzfragen beschränkt, wobei dies die Finanzierung von Terrorismus oder Fragen der Steuerhinterziehung einbezieht.

Der Vorsitz der G20 rotiert jährlich nach regionalen Gesichtspunkten; die Troika aus vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Präsidentschaft sorgt für eine gewisse Konstanz in den Verhandlungen. Die jährlichen Treffen von Finanzministern und Notenbankpräsidenten werden durch vorgängige Verhandlungen ihrer Stellvertreter vorbereitet. Mit den Gipfeltreffen 2008 und 2009 haben sich die G20 als das wichtigste informelle internationale Forum etabliert.

Unterschiede zwischen G7/8 und G20

Die Bedeutung der einzelnen Staaten in den G7/8 oder G20 sind sehr unterschiedlich. Die USA spielen in den Abstimmungs- und Verhandlungsprozessen jeweils eine wichtige Rolle, die kleineren Staaten eine entsprechend geringere. Der Unterschied zwischen den beiden Runden ist vor allem in der Teilnahme Chinas an den G20 zu se-

hen. Auch Indien und Brasilien sind zwar von zunehmender ökonomischer und politischer Bedeutung, der Größe ihrer Märkte und ihrer geopolitischen Lage wegen. Aber China, wiewohl es einen kaum kleineren Markt als Indien konstituiert und beide Staaten Atomwaffenmächte sind, erhebt darüber hinaus den Anspruch auf eine politische Vorrangstellung, zumindest möchte es den USA ebenbürtig sein. Anders als dem heterogenen, demokratischen Indien trauen viele Beobachter China überdies zu, die USA als dominante internationale Macht herausfordern zu können.

Weitere Unterschiede zwischen den G7/8 und den G20 bestehen darin, dass im größeren Kreis nicht nur Industriestaaten, sondern auch Schwellenländer vertreten sind, dass die Zahl der repräsentierten Menschen, des Handelsvolumens und des Bruttosozialproduktes bei den G20 höher ist, dass dadurch quasi eine Art internationaler Legitimation hergestellt wird oder dass weitere international einflussreiche Staaten in diesem Gremium vertreten sind.

Über die Bedeutung der einzelnen Faktoren lässt sich kontrafaktisch nachdenken, indem gefragt wird, welche Folgen es für die G20 hätte, wenn einzelne Bedingungen nicht gegeben wären. Würden sie an Bedeutung einbüßen, wenn die Zahl der repräsentierten Bevölkerung sinken würde? Würden sie an Relevanz verlieren, wenn Japan oder Südafrika das Gremium verließen? Was wären die Beschlüsse der G20 wert, wenn sie ohne die USA und China gefasst würden?

Am Beispiel der ausbleibenden Reform der Vereinten Nationen wird deutlich, dass sich die Staaten derzeit nicht auf eine institutionelle Neuordnung der internationalen Sicherheitsbeziehungen einigen können. Die Reform der internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen wird zwar allgemein als dringlich angesehen, es bleibt aber abzuwarten, ob die unterschiedlichen In-

teressenlagen wirklich so in Übereinstimmung gebracht werden können, dass am Ende ein neues Institutionengefüge steht. Deutlich sichtbar ist aber auch, dass die Zeit der Westernisierung, in der die westlichen Industriestaaten die ordnungspolitischen Vorgaben (und Vorbilder) gaben, vorbei ist. Welche Bedeutung man internationalen Gremien in dieser Phase bei der Steuerung und Neugestaltung der internationalen Ordnung zumisst, hängt von den theoretischen Prämissen ab.

Oder doch G2?

Deutlich wurde die besondere Stellung der USA und Chinas in der G20 beispielsweise als im Vorfeld des Gipfels von London der Gouverneur der chinesischen Notenbank eine vielbeachtete Rede hielt.⁸ Darin wies er darauf hin, dass sich die internationale Finanzordnung nicht weiterhin allein auf den amerikanischen Dollar als Reservewährung stützen könne. Kurzfristig sollte deshalb ein Währungskorb, nämlich die Sonderziehungsrechte beim Internationalen Währungsfond, als Reservewährung eingesetzt werden. Langfristig werde der chinesische Renminbi diese Rolle übernehmen. Das Echo auf diesen absehbar weder realistischen noch tragfähigen Vorschlag war groß. Wie groß es war, kann man besonders im Vergleich ermessen. Als wenige Tage später der russische Präsident Medwedew in der Washington Post die Forderung erhob, regionale Reservewährungen zu implementieren, wurde dies öffentlich weder groß wahrgenommen noch diskutiert.⁹

Hingegen steht die Neugestaltung der amerikanischen-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen, die als informelles Bretton Woods II chinesischen Export, amerikanischen Import und Konsum sowie den Kauf amerikanischer Staatsanleihen durch China verbanden, im Mittelpunkt der Diskussion.¹⁰

Institutionalistische Erklärung

Die Abhängigkeit der Gesellschaften und damit der Staaten voneinander hat sich erhöht. Der weltweite Austausch an Kapital und Waren könnte ohne nachhaltige negative Wirkungen in den nationalen Ökonomien nicht eingeschränkt werden. Parallel haben sich durch sicherheitspolitische Veränderungen – Proliferation, Staatszerfall, Gewaltökonomien – die mehrere Staaten zugleich betreffenden Risiken erhöht. Umweltpolitische Maßnahmen – gegen den Klimawandel beispielsweise – können ebenfalls effektiv nur gemeinsam ergriffen werden.

Die Ausweitung der Interdependenzsteuerung erfordert, dass sich die handlungsfähigen Staaten in einer wie auch immer ausgestalteten Institution zusammenfinden. Die Form der Institution – informell oder formell, sektoral oder umfassend, regional oder international – ist für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben von Bedeutung. Doch lassen sich nicht stets die am meisten ergebnisorientierten Institutionen einrichten.

Die Vorrangstellung der G20 in Fragen der internationalen Finanzpolitik vor den bisher dominanten G7 lässt sich aus dieser Perspektive als zweiseitig bewerten. Positiv ist, dass es gelungen ist, den Kreis der westlichen Industriestaaten um große Staaten, die als *emerging-market states* bezeichnet werden, zu erweitern. Einen Fortschritt stellt auch die Einbeziehung von Staaten aus allen Kontinenten dar. Suboptimal ist allerdings die Organisationsform, da der Kreis der G20 auf Staaten und von Staaten kontrollierten internationalen Organisationen beschränkt bleibt (auch wenn die G20 selbst darauf hinweist, dass Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen eingeladen werden können), sowie dass die armen Staaten ausgegrenzt bleiben. Verbesse-

rungswürdig ist auch, dass die Organisation jeweils rotierend den Regierungen überlassen bleibt, sich also kein eigenes, von Regierungen weniger abhängiges Organisationsgefüge entwickeln kann. Damit sind auch die Richtungen vorgegeben, in die aus einer institutionalistischen Sicht die Verbesserungen zu suchen sind: der Einbezug gesellschaftlicher Akteure, die Öffnung auch für Nicht-Schwellenländer, die Einsetzung einer autonomen Organisation, die zur Sozialisation der Staaten in eine neue Weltwirtschafts- und Weltfinanzordnung beitragen kann.

Realistische Erklärung

Der Aufstieg neuer Mächte, der die Grundkonstante der postamerikanischen Welt darstellt, ist aus realistischer Sicht die entscheidende Änderung, die dazu beigetragen hat, dass die G7 ihre Bedeutung teilweise eingebüßt haben. Die weltwirtschaftspolitischen Abstimmungen ließen sich nicht weiterhin auf die Staaten der westlichen Industriewelt konzentrieren. Die realen Abhängigkeiten, aber auch der Machtanspruch und entsprechend die Partizipationsforderungen der aufstrebenden Schwellenländer mussten notwendig dazu führen, dass diese in den Kreis der ordnungspolitisch wichtigen Staaten aufgenommen werden mussten. Anders hätte jedes internationale Gremium seine Gestaltungskraft eingebüßt. Ob es den G20 gelingt, die neue Wirtschafts- und Weltfinanzordnung auszugestalten, liegt aber weniger an der Form, in der sie organisiert sind oder an dem um kleinere Staaten erweiterten Kreis, sondern konzentriert sich in den Händen der weltpolitisch wichtigsten Regierungen. Dies sind die amerikanische und chinesische Regierung; mit einigen Zweifeln ihrer Koordinationsfähigkeiten wegen auch die europäischen Regierungen und mit Zweifeln der politischen Stabilität we-

gen die indische Regierung. Deshalb stellen derzeit die G2 (USA und China) den Kern der G20 dar. Ob sich dieser um die EU und Indien zur G4 oder zusätzlich durch die Einbeziehung Brasiliens zur G5 erweitert, hängt allein davon ab, ob diese Staaten die innere Macht aufbauen können, um gehört und einbezogen werden zu müssen.

Anmerkungen

- 1 Dick N. Nanto et al.: The Global Financial Crises: Analysis and Policy Implications, Congressional Research Service, 7-5700, RL 34742, 3. April 2009. unter: <http://www.fas.org/sgp/crs/misc/RL34742.pdf> (Zugriff 20.5.2009) Die Erklärung des Londoner Gipfels dort in Anhang C.
- 2 The Economist: Three trillion dollars later..., 16.Mai 2009, S.13.
- 3 Hugo Dobson: The Group of 7/8, London and New York, Routledge. 2007
- 4 Margret P Karns/Karen A. Mingst: International Organization: The Politics and Processes of Global Governance, Boulder,CO and London, Lynne Rienner, 2004, S. 66.
- 5 Ebenda, S.13.
- 6 The Economist: Who runs the world? Wrestling for influence, 3.7.2008, unter: http://www.economist.com/displaystory.cfm?STORY_ID=11664289 (Zugriff 25.5.2009).
- 7 Die Abschlusserklärung findet sich unter http://www.g20.org/Documents/g20_summit_declaration.pdf
- 8 Zhou Xiaochuan: Reform the International Monetary System, unter: <http://www.pbc.gov.cn/english/detail.asp?col=6500&id=178> (Zugriff 15.5.2009)
- 9 Diese Idee hatte der russische Präsident schon auf dem G8-Gipfel 2008 im japanischen Hokkaido ohne große Resonanz lanciert. Sein Artikel in der Washington Post erhielt nicht viel mehr Aufmerksamkeit; Dmitry A. Medvedev: Building Russian-U.S. Bond, The Washington Post, 31.3.2009, S.A17, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/03/30/AR2009033002443.html> (Zugriff 15.5.2009)
- 10 David Leonhardt: The China Puzzle, The New York Times, 13.5.2009, unter: <http://www.nytimes.com/2009/05/17/magazine/17china-t.html> (Zugriff 16.5.2009).